



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Volkmarr Halbleib, Harald Güller, Inge Aures, Reinhold Strobl, Annette Karl, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Helga Schmitt-Bussinger, Hans-Ulrich Pfaffmann, Bernhard Roos, Dr. Simone Strohmayer** und **Fraktion (SPD)**

Auswirkungen der HGAA auf die BayernLB und den Freistaat Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mündlich und schriftlich zu folgenden Punkten zu berichten:

- Welche Informationen und Erkenntnisse hat die Staatsregierung über die Überlegungen und Planungen der österreichischen Bundesregierung für die HGAA, insbesondere auch was eine mögliche Abwicklung, Insolvenz oder Einrichtung einer Bad Bank anbelangt? Wer von österreichischer Seite hat wen bei der Staatsregierung/BayernLB wie mit welchen Inhalten über solche Absichten informiert? Zu welchen eigenen Einschätzungen kommt die Staatsregierung auf diesen Grundlagen und welche Schlüsse zieht sie daraus?
- Inwieweit haben der Freistaat Bayern und die BayernLB Einflussmöglichkeiten bzw. sogar Zustimmungsmöglichkeiten bei den Planungen für die HGAA? Wofür und in welchem Umfang wollen die Staatsregierung und die BayernLB diese Einflussmöglichkeiten bzw. Rechte nutzen und wie ggf. auch durchsetzen? Gibt es hier auch eine Zustimmungspflicht oder Zustimmungspflichten der BayernLB, wenn ja wozu mit jeweils welchen Folgen?

- Welche bilanziellen Folgen für die BayernLB in welchen Jahren mit welcher finanziellen Höhe können sich durch verschiedene Szenarien (z.B. Abwicklung, Insolvenz, Einrichtung einer Bad Bank) bei der HGAA ergeben?
- Welche Folgen für den Staatshaushalt bei Einnahmen, Ausgaben, Verpflichtungsermächtigungen oder Garantien in welchen Jahren mit welchem finanziellen Volumen können sich durch verschiedene Szenarien (z.B. Abwicklung, Insolvenz, Einrichtung einer Bad Bank) bei der HGAA und deren Auswirkungen auf die BayernLB ergeben?

Begründung:

Die aktuellen Medienberichte über eine mögliche Abwicklung der HGAA unterscheiden sich von dem, was der Staatsminister der Finanzen und auch der Vorstandsvorsitzende der Landesbank bislang dazu auch im Haushaltsausschuss am 3. Dezember 2013 bzw. am 21. Januar 2014 geäußert hatten.